

# Bericht aus dem Bundeshaus



## Herbst-Session 2005

Schwerpunkte dieser Session bildeten erwartungsgemäss die Stromversorgung und das Radio- und Fernsehgesetz (Differenzen). Mit Spannung wurde die Stellung des Nationalrats zum Konzept des Ständerates im Asylgesetz erwartet. Nach der eindeutigen Stellungnahme der Sicherheitskommission schien das Rüstungsprogramm ungefährdet...

### Intensiver Vorlauf

Auch diese Session hatte eine intensive Vorgeschichte. Traditionellerweise tagten die Kommissionen in den Kantonen ihrer scheidenden Präsidenten. Die Staatspolitische Kommission begann in Jegenstorf (wo wir den Landwirtschaftsbetrieb von Hermann Weyeneth besichtigten) und arbeitete dann auf der Moosegg. Die Sicherheitskommission folgte ihrem Präsidenten nach Stans und wurde von der Nidwaldner Regierung aufs Stanserhorn eingeladen. Die Pilatus-Flugzeugwerke luden in ihren Betrieb und zu einem Rundflug ein und präsentierten ihren neuen Turboprop-Trainer PC-21.

In der SPK brachte ich mich erfolgreich mit Anträgen zum Asylgesetz ein. In der Sicherheitskommission setzten wir uns mit den Folgen einer Medienkampagne auseinander, die von der Firma Agusta in der Sommerpause inszeniert wurde. Der Bundespräsident und der Rüstungschef legten die Ergebnisse der Evaluation offen, doch gelang es nicht, die Vermutungen und Unsicherheiten zu beseitigen.

Das hatte auch damit zu tun, dass einzelne Kommissionsmitglieder sich allzu voreilig den Medien gegenüber verlauten liessen.

Im Juli bekam ich eine Anfrage des DEZA-Direktors, ob ich mich als Fraktionsvertreter für die beratende Kommission des Bundesrats für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit zur Verfügung stelle. Das ehrt mich und ist eine ideale Position sowohl im Blick auf mein Engagement für Tear Fund Schweiz wie auch bezüglich der Landwirtschaft. Inzwischen wurde ich von Frau Calmy-Rey und Herrn Deiss offiziell gewählt und nahm an der zweitägigen Klausur teil. Eine ideale Vorbereitung für die Bettagskonferenz der EVP Schweiz zum Thema der weltweiten Armut.

### Auftakt mit Finanz- und Energiefragen

Der erste Sitzungstag ist dem Finanzhaushaltsgesetz und weiteren Fragen finanzpolitischer und verwaltungstechnischer Art gewidmet. Eine Motion des Ständerates fordert eine Beschränkung des Ausgabenwachstums ab



Erster grosser Brocken: Die Zukunft der Energieversorgung sicherstellen.

## Liebe Freunde

Herbst 2005 ist Halbzeit der Legislatur. Die Medien nehmen dies zum Anlass für Ratings jeder Art. Die Sonntags-Zeitung reihte nach Einfluss, Erfolgen, Aktivitäten, Medienpräsenz und Netzwerk ein und vergab allen drei EVP-Nationalräten einen Platz im ersten Drittel!

Nun war es der Sonntags-Blick, welcher die Präsenz bei Namensabstimmungen untersuchte und damit auf den Fleiss der Abgeordneten schloss. Mit nur 4,2 Prozent verpassten Abstimmungen wurde ich als bester Berner Vertreter im "Berner Oberländer" zum "Kopf der Woche" erkoren (siehe Seite 4). Aus der Bevölkerung bekam ich sehr positive Rückmeldungen. Man weiss zu schätzen, dass wir unser Amt gewissenhaft ausüben.

**Walter Donzé (EVP):** Der bedächtige EVP-Nationalrat wirbt unentwegt für eine nach christlichen Werten ausgerichtete Politik. Ein Rufer in der Wüste. ★★★★★

Ein "unverdächtiges" Lob stellte mir die "Berner Zeitung" am 1. Oktober mit der Feststellung aus, dass ich unentwegt für christliche Werte in der Politik werbe. Kein Vorwurf des Fundamentalismus. Ob ich diesem Anspruch genüge, überlasse ich nach der Lektüre dieses Berichts wiederum Ihnen.

Herzliche Grüsse aus dem Bundeshaus

Budet 2008. Mit der Zustimmung des Nationalrats wird sie als verbindlicher Auftrag an den Bundesrat überwiesen. Nur zwei von neun vorgesehenen Motionen werden behandelt. Die eine von ihnen verlangte vor zwei Jahren eine Anpassung der Zigarettenpreise. Sie gilt heute als weitgehend erfüllt und wird deshalb mehrheitlich abgelehnt. Das öffnet mir jedoch für einen neuen Vorstoss die Tür (siehe "Neue Vorstösse", Seite 3).

Nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes durch den Souverän müssen Strommarkt und Elektrizitätsversorgung auf die Öffnung des Marktes vorbereitet werden. Unser Fraktionssprecher Ruedi Aeschbacher weist auf die Abhängigkeit der Schweiz vom Erdöl hin und legt die Sicht unserer Fraktion vor:

*"Wir verfolgen eine Energiepolitik,*

- welche die für Wirtschaft und Haushalte notwendige Energie zu vernünftigen Preisen kurz-, mittel- und langfristig im ganzen Land gesichert anbieten kann,*
- die zum Energiesparen und zu vermehrter Energieeffizienz anregt,*
- die die Abhängigkeit vom Ausland und insbesondere vom Erdöl reduziert, indem die einheimischen Energieerzeugungsmöglichkeiten möglichst gut genutzt werden,*
- die mithilft die lokalen und globalen Probleme der Energienutzung, insbesondere Luftverschmutzung und Treibhauseffekt, zu mindern,*
- die nachhaltiger ist, die Gelder in einheimische, erneuerbare Energien investiert und unsere potenziellen alternativen Energien wirkungsvoll und engagiert fördert."*



*Der Ständerat will die Einflussmöglichkeiten der Umweltverbände beschränken. Einmal mehr bildet der 24heures-Zeichner Bürki die Sache treffend ab.*

Unser Ziel ist es, den Markt in zwei Schritten sicher zu öffnen und ein erneutes Referendum zu vermeiden. Statt für Milliarden von Franken jährlich Erdöl und Gas vom Ausland einzukaufen, macht es Sinn, Geld in die Nutzbarmachung einheimischer, erneuerbarer Energiequellen zu stecken. Damit bleiben Arbeitsplätze und Know How im Land. Neben der Wasserkraft bedürfen nun die alternativen, erneuerbaren Energien einer engagierten Förderung. Das geschieht durch kostendeckende, aber degressive Einspeisevergütungen. Die Abstimmungen:

Elektrizitätsgesetz (grenzüberschreitender Stromhandel) 136:35  
 Stromversorgungsgesetz (Liberalisierung) 83:55 (27 Enthaltungen)  
 Revision Energiegesetz (Förderung erneuerbarer Energien) 124:24 (25)

### EVP-Anliegen scheitert an Abstimmungspräsenz im SR

Völlig neben seinen finanzpolitischen Zielen vorbei billigt der Rat mit 88:61 Stimmen eine Motion für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes spätestens bis 2012. Am gleichen Tag verwirft der Ständerat mit 22:21 Stimmen den Entscheid des Nationalrats für einheitliche Kinderzulagen (EVP-Mehrheit!). Pikantes Detail: Der Neuenburger Ständerat Jean Studer fehlte zum 22:22 im Saal. Ständeratspräsident Bruno Frick (CVP) hätte mit Stichentscheid die Sache definitiv geklärt. Studer tritt auf Ende der Session zurück und wird womöglich durch einen Freisinnigen ersetzt. Das Geschäft kommt zur Differenzbereinigung zurück in den Nationalrat. Präsenz ist gefragt! Wenn der Ständerat das Geschäft wieder behandelt, wird jemand anders auf dem Präsidentensessel sitzen.

### Information und Kommunikation

Mit 129:48 Stimmen hält der Nationalrat beim Fernmeldegesetz an einer weniger weit gehenden Öffnung der "letzten Meile" fest. Im RTVG werden Differenzen bereinigt. Finanziell schwachen Privatradios und -Fernsehen sollen Investitionen in neue Technologien erstattet werden.

## EVP-Entscheide

Elektrizitätsgesetz: Mit 92:91 Stimmen kann der Bundesrat dem Netzbetreiber weitere Aufgaben übertragen.

Elektrizitätsgesetz: Stichentscheid der Präsidentin nach 89:89 Ergebnis. Unsere Stimmen ermöglichen ihr, eine Beschneidung der bundesrätlichen Kompetenzen abzuwehren.

Elektrizitätsgesetz, Lieferpflicht und Tarifgestaltung für feste Endverbraucher: Mit 94:92 Stimmen verhelfen wir der schrittweisen Öffnung des Strommarktes zum Durchbruch.

BG Universitäre Medizinalberufe: Mit 84:83 Stimmen wehren wir eine unmögliche Formulierung bezüglich der selbstständigen Ausübung eines Medizinalberufs ab.

BG Invalidenversicherung: Mit einem Ergebnis von 89:88 sichern wir den Fristenstillstand während der Ferien und damit Sicherheit im Abklärungsverfahren.



## Die EVP/EDU-Fraktion

von links nach rechts:

**Walter Donzé** (EVP, BE)  
 Mitglied der staatspolitischen (SPK)  
 und der Sicherheitskommission (SiK)

**Heiner Studer** (EVP, AG)  
 Fraktionspräsident  
 Mitglied der aussenpolitischen (APK)  
 und der Kommission für Wissenschaft,  
 Bildung und Kultur (WBK)

**Ruedi Aeschbacher** (EVP, ZH)  
 Mitglied der Kommission für Umwelt,  
 Raumplanung und Energie (UREK) und  
 der Kommission für Rechtsfragen (RK)  
 Zentralpräsident der EVP

**Christian Waber** (EDU, BE)  
 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Gerichtskommission (GK-V)

**Markuks Wäfler** (EDU, ZH)  
 Mitglied der Finanzkommission (FK)

Bei der Werbung und beim Gebührensplitting folgt der Nationalrat nur teilweise dem Ständerat. Das Geschäft geht wieder an diesen zurück.

## Asyl: Nationalrat auf "Blocher-Kurs"?

Am Montag der zweiten Woche wird die Sitzung bis 22.00 h verlängert. Differenzbereinigung Asylgesetz. Die Medien vereinfachen: Rot und Grün werden human dargestellt, weil sie an der humanitären Aufnahme festhalten, der Rest des Rates schwenke auf den Blocher-Kurs ein. Stimmt so nicht. Das Schweizer Volk will keine missbräuchlichen Asylgesuche mehr. Das neue Konzept des Ständerates wurde durch ein Urteil des Bundesgerichts in Frage gestellt. UNHCR, Flüchtlingsorganisationen, Kirchen usw. kritisierten das Ergebnis. Ich studierte die Kritik und reichte in der nationalrätlichen Kommission Anträge ein, um die vorläufige Aufnahme wesentlich zu verbessern. Was



*Für Asylgesuche aus wirtschaftlichen Gründen geht die Tür zu. Vergessen wir den Lazarus vor der Tür nicht!*

das Plenum jetzt behandelt, ist eine bereinigte Version seiner Kommission. Im Grundsatz gilt: Wer letztinstanzlich abgewiesen ist, hat das Land zu verlassen. Es gibt keine Sozialhilfe mehr nach dem Motto „Ich bleiben - du zahlen“. Die verfassungsmässige Nothilfe jedoch wird geleistet, allerdings grundsätzlich als Sachleistung und nicht in Geldform. Wer seine Papiere vorsätzlich beseitigt, genießt keine Privilegien mehr. Flüchtlinge, die aus nahe liegenden Gründen keine Papiere beschaffen konnten, bekommen ein Asylverfahren. Nach mehr als fünfjährigem Aufenthalt im Land wird für Asylbewerber eine Aufnahme „geprüft“; ein von mir wesentlich eingebrachter, analoger Artikel im Ausländergesetz wird allerdings wieder gestrichen, weil er nicht mehr kohärent ist. Bundesrat Blocher will das Problem der "Sans Papiers" nicht anrühren. Aus meinem Votum zum Asylgesetz:

*Auch mit dieser Differenzbereinigung werden wir nicht alle Probleme lösen können. Aber eines dürfen wir nicht übersehen, und das sage ich hier im Namen der EVP-Vetreter in diesem Rat mit aller Deutlichkeit: Wir schliessen mit der Asylgesetzrevision die Tür für alle diejenigen, die aus Armutgründen unterwegs sind. Gerade wurde die Schweiz wieder als das reichste Land der Erde beschrieben. Es ist für mich unverantwortlich und unerträglich, wenn wir den „Lazarus“ vor der Tür liegen lassen! Ich fordere deshalb ein, was von bürgerlicher Seite immer gesagt wurde: „Man sollte diesen Leuten besser zu Hause helfen statt sie hier zu verköstigen!“*

*Nun haben Sie es in der Hand. Sie haben die Möglichkeit dazu:*

- durch Erhöhung der Mittel für die Entwicklungshilfe,
- aber auch durch die Steigerung der Effizienz dieser Programme,
- durch Einflussnahme auf die internationalen Finanzinstitute,
- durch gerechtes und menschliches Wirtschaften,
- durch Marktzugang für Entwicklungsländer,
- durch Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft sowie
- durch Tatbeweise auf allen Ebenen der UNO-Millenniumsziele.

Viel zu diskutieren geben die verlängerten Haftdauern. Die Linke spricht von „Beugehaft“. Es ist aber zu verhindern, dass jemand wie bisher die Frist absitzen kann und dann auf freien Fuss gesetzt werden muss. Danach konnte er „abtauchen“. Das Recht muss durchgesetzt werden.

Asyl- und Ausländergesetz greifen teilweise ineinander. Der Rat billigt den SVP-Antrag nicht, wonach billige Erntearbeiter auch ausserhalb des Freizügigkeitsraums rekrutiert werden sollten. (Ein Widerspruch zur Parole über die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Staaten!) Damit setzt der Nationalrat das duale Zulassungssystem konsequent um:

## Neue Vorstösse

### Postulat Erhöhung Tabaksteuer für die Volks- gesundheit

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tabaksteuer weiterhin und bald im Rahmen der ihm vom Parlament erteilten Kompetenzen spürbar zu erhöhen und allenfalls den Tabakpreis mit der EU zu harmonisieren. Neben Zigaretten sollen auch Schnitttabak und eventuell Zigarettenpapier in die Besteuerung einbezogen werden.



### Interpellation Illegaler Aufenthalt in der Schweiz – einfach zuschauen?

Mit der Revision des Asylgesetzes dürfte es zu einem Umsteigeeffekt vom Asylgesuch zum illegalen Aufenthalt kommen. Schwarzarbeit macht dies möglich. Bisher zeigte der Bundesrat wenig Motivation, das "Sans Papiers"-Problem anzugehen. Es gibt einige Ungereimtheiten, die ich dem Bundesrat vorlege. Mich interessiert, für welche Kategorien illegal Anwesender ein Aufenthaltsstatus geschaffen werden müsste, und unter welchen Bedingungen. Ich will nicht, dass man Bundesrat Blocher in ein paar Jahren vorwirft, er hätte das Asylproblem nicht gelöst, sondern unter den Teppich gewischt.

### Anfrage SBB-Abstimmungspropaganda

"Täglich willkommen" propagiert sonntägliche Öffnungszeiten – diskret, aber eindeutig mit Fokus 27. November. Mit gezielten Fragen fühle ich dem Transportunternehmen auf den Zahn. Was sagten die Bundesvertreter im Verwaltungsrat zu dieser Kampagne? Was kostet sie? Wie haben sich Unternehmen im Staatsbesitz bei Abstimmungen zu verhalten?



Freizügigkeit im EU/Efta-Raum, sehr restriktive Zuwanderung von ausserhalb. Ob das die Lösung für die nächsten Jahrzehnte ist, bleibt offen; im Moment gibt es wohl kaum eine Alternative.

### Nichtstaatliche Verfolgung: Erklärung von Bundesrat Blocher

Als persönlichen Erfolg darf ich die Erklärung von Bundesrat Blocher verbuchen: "Ich bin dafür, die Praxis zur nicht staatlichen Verfolgung insofern zu ändern, dass Personen, die von einer rechtserheblichen nichtstaatlichen Verfolgung betroffen sind, nicht nur vorläufig aufgenommen werden, sondern dass ihnen die **Flüchtlingseigenschaft zuerkannt** wird. Diesen Leuten würde also generell Asyl gewährt werden." Blocher bindet diese Verbesserung allerdings an die Bedingung, dass die Teilrevision des Asylgesetzes in Rechtskraft versetzt wird.

### Eurocopter: Medien-Story verursacht Wirbel

Rüstungsprogramm 2005. Zwei Geschäfte geben zu reden. Die Linke will den israelischen Anbieter von Komponenten für ein Funkaufklärungssystem aus dem Rennen werfen, kommt damit aber nicht durch. Mehr Gehör findet die in der Helikopter-Evaluation unterlegene italienische Firma Agusta. Mit allen Mitteln versuchte sie, noch einmal ins Geschäft zu kommen. Dazu dienten ihr die Schweizer Medien sowie Dossiers, die gezielt an die Mitglieder der Sicherheitskommission abgegeben wurden. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission liess sich dadurch nicht beeindrucken. NZZ am Sonntag recherchierte nach Ungereimtheiten im Evaluationsverfahren und berichtete von Informationspannen im VBS.



Der Tagesanzeiger setzte seine Recherchen in die andere Richtung an: Was beabsichtigte die Firma Agusta? Wie ging sie vor? Dass in einem Geschäft von über 300 Mio. CHF auch Fehler passieren, ist verständlich. Die Kommission ortete aber keine Vorfälle, die eine neue Evaluation nötig gemacht

hätten. Leider fand dieser Befund in der Presse kaum Niederschlag. Man profezeite, das Parlament werde das Geschäft naiv "durchwinken".

Was macht der Nationalrat in dieser Situation? Er bewilligt das ganze Rüstungsprogramm, setzt beim Helikopter jedoch einen Vorbehalt: Der Kredit wird erst freigegeben, nachdem das Evaluationsverfahren nochmals überprüft worden ist. Danach schafft die Rüstungsmilliarde sogar die Ausgabenbremse. Der Ständerat wird sich ebenfalls noch zum Geschäft äussern. Ich stelle mir die Frage: Ist unser Parlament gegen "psychologische Kriegsführung" immun? Kürzlich stand im Tagesanzeiger: "Die Presse ist die Kanzel der Neuzeit." Im Fall Agusta erwiesen sich einige Mitglieder des Nationalrats als sehr (presse-)gläubig.

### Nochmals: unverschämte Kaderlöhne

Seit Frühjahr 2001 sind die Vergütungen an Verwaltungsräte und CEOs ein Thema im Parlament. Es zeigt sich, dass die Politik zwar Transparenz schaffen, aber ein Problem nicht allein lösen kann – schon gar nicht, wenn es an den entsprechenden Werten fehlt. Die Schweizer Handelszeitung vom 5. Oktober berichtet, dass dessen ungeachtet das durchschnittliche Honorar der Verwaltungsräte erneut um 7 Prozent steigt. 19 VR-Präsidenten verdienen je über eine Million Franken pro Jahr.

Der letzte Sitzungstag der zweiten Woche ist den Berichten über die Beziehungen der Schweiz zu internationalen Organisationen gewidmet: UNO, internationale Organisationen mit Sitz in der Schweiz, Europarat, Armutsziele. Zu beschliessen gibt es erst wieder über die Exportrisikoversicherung, die Promotion im Ausland (Förderungsbeitrag abgelehnt) und den Zahlungsrahmen für die Exportförderung.

## KOPF DER WOCHE



**Walter Donzé,  
Nationalrat  
aus Frutigen**

Wer schwänzt die Sessionen am meisten? Der «Sonntagsblick»

nahm bei Legislatur-Halbzeit die 200 Nationalrätinnen und Nationalräte unter die Lupe. Resultat: Die Vertreter aus dem Oberland schneiden recht gut ab. Am besten Walter Donzé, der nur 4,2 Prozent der insgesamt 499 namentlichen Abstimmungen in den letzten zwei Jahren verpasste. Damit klassiert er sich auf dem 12. Platz (von 200).

Der EVP-Nationalrat hat sein berufliches Engagement auf 50 Prozent reduziert (Geschäftsführer des Missionswerks MSD in Frutigen). Dennoch kämpft auch Donzé mit chronischem Zeitmangel: So benötigen die Sessionstage weitere 50 Prozent. Dazu kommen nach seiner Rechnung 10 Prozent Parteiarbeit (Vizepräsidium der EVP Schweiz) sowie je 15 Prozent für Aktenstudium und diverse Anlässe (u.a. als Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes).

Dass der Frutiger Nationalrat nur ganz wenige Abstimmungen verpasst, erklärt er mit «der grossen Disziplin in unserer kleinen EVP-Fraktion». Das scheint sich auszuzahlen: Donzé rechnet vor, dass die drei EVP-Vertreter pro Session durchschnittlich fünfmal das Zünglein an der Waage spielen – also den Ausschlag für ein Ja oder Nein geben.

Für soviel Einsatz zugunsten seiner Wählerinnen und Wähler küren wir Walter Donzé zu unserem «Oberländer Kopf der Woche».

**ROLF HAFNER**

## Aus der Vielzahl weiterer Geschäfte

- Die Richterwahlen für das Bundesverwaltungsgericht bringen keine Überraschung. 53 Richter und 19 Richterinnen (61, 9 Vollzeitstellen) werden ab Januar 2007 die Geschäfte übernehmen, vorerst in Bern und frühestens ab 2010 in St. Gallen. Jetzt sind (von der Gerichtsleitung) bis zu 175 Stellen für Gerichtsschreiber und bis zu 100 administrative Stellen zu besetzen.
- Zwischen 3000 und 4000 Ausländer mit Sitz in der Schweiz bezahlen ihre Steuern aufgrund eines Pauschalabkommens, sprich: viel zu wenig. Bund und Kantone entgeht damit jährlich nach Schätzungen eine halbe Milliarde Franken an Steuererträgen. Die Mehrheit des Nationalrats will daran nichts ändern...
- Mit 119:58 Stimmen weist der Nationalrat die Bahnreform an den Bundesrat zurück. Besonders die Netzaufteilung lässt eine Benachteiligung von Privatbahnen befürchten. Damit werden Leistungsaufträge für Privatbahnen und die Sicherheit in den Zügen auf die lange Bank geschoben.
- Mit einer Minirevision der Invalidenversicherung soll die Beschwerdeflut eingedämmt werden. Diese Revision ist dringend für die Glaubwürdigkeit der IV. Erfolgreiche Beschwerden werden mit einer moderaten Kostenpflicht belastet.
- Am letzten Sitzungstag vor den Schlussabstimmungen erregt ein Postulat für die Gleichberechtigung im elterlichen Sorgerecht noch einmal die Gemüter. Der Bundesrat ist bereit abzuklären, ob sich eine gesetzliche Änderung aufdrängt.

## Was wurde aus meinen persönlichen Vorstössen?

- Erfolg Nummer eins: Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Exportrisikogarantie reklamiert Heiner Studer, es hätte da einmal einen Vorstoss Donzé gegeben. ... Was Bundesrat Deiss veranlasst, mir Einblick in ein Dokument zu geben: "Hier ist Dein Anliegen berücksichtigt!" Es ging um **ethische Grundsätze für Schweizer Unternehmen** im Ausland.
- Erfolg Nummer zwei: Meine **Motion "Selbstständige Vorlage für die Ehepaar- und Familienbesteuerung"** wurde nun auch im Ständerat (mit dem besten Resultat der Familien-Vorstösse) gutgeheissen und bekam dadurch den Status eines verbindlichen Auftrags an den Bundesrat (welcher die Motion am 3. November 2004 zur Ablehnung empfahl).
- Das gleiche Schicksal wünsche ich mir für das **Postulat "Studie volkswirtschaftlicher Nutzen der Familie"**. Es wird vom Bundesrat abgelehnt. Angesichts vorliegender und geplanter Publikationen hält er einen Bericht für nicht angebracht. Wer sonst setzt das Puzzle zusammen? Mindestens im Familienbericht, der jetzt alle zwei Jahre veröffentlicht wird, könnten Auswertungen publiziert werden. Ich kämpfe weiter.
- Anfrage **Liquidation Armeematerial. Verwendung im Zivilschutz**. Das BABS ist bereit, mein Anliegen zu prüfen und im Internet Listen zu veröffentlichen.
- Anfrage **Ferienreisen dank Kleinkrediten?** Die Verantwortung für eine sorgfältige Kreditvergabe liege beim Kreditgeber. Die Einhaltung der Kreditfähigkeit obliege dem Richter. Der Bundesrat teilt aber meine Sorge, die Werbung fordere Jugendliche zu unkritischem Konsum auf.



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen  
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@parl.ch

## Sessionsanlässe

Zu Sessionsbeginn findet auf dem Bundesplatz die **"Sichlete"** statt. Die Landwirtschaft präsentiert sich der Öffentlichkeit mit innovativen Produkten. Viel Zeit bleibt mir nicht, denn die **Berner Regierung** lädt zum Mittagessen ein und präsentiert ihre Anliegen. Am Abend nehme ich am **Winterhur-Talk** teil, um die Position der Lebensversicherer kennen zu lernen.

In der **Kerngruppe Feuerwehr** nehmen wir Rückblick auf die Unwetterschäden vom August und klären Zuständigkeitsfragen mit der Feuerwehr-Koordination Schweiz. Das traditionelle **VBS-Seminar** am Dienstag der zweiten Woche ist ebenfalls den subsidiären Einsätzen der Armee im Bevölkerungsschutz gewidmet. Der Bundespräsident nimmt die Gelegenheit wahr, um Gerüchten zur Helibesorgung zu begegnen.

Aus einer Anmeldung zur Besichtigung des Stade de Suisse (Wankdorf) wurde flugs eine Einladung ans **Champions League Spiel Thun-Sparta Prag**. Eine tolle Überraschung!

Mittags-Blitzbesuch bei der **fed-pol**. Die übermüdeten Mitglieder der GPK und SiK haben an der Fachtagung wohl nicht den frischesten Eindruck hinterlassen.

Parlamentarische **Gruppe Luftfahrt**: Bazl-Chef Raymond Cron orientiert über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Agentur für Flugsicherheit EASA.

An der „Geburtstags-Einladung“ der **taiwanesischen Delegation** nehmen auch einige ehemalige Mitglieder des Nationalrats teil.

Immer in der Herbstsession findet der Anlass **"Vision für die Schweiz"** statt. Der Bundespräsident gibt ein Grusswort. Viel Beachtung findet das Referat von Prof. Dr. Rudolf Steiger, Direktor der Militärakademie ETHZ, über menschenorientierte Führung.

Eine ganze Reihe Veranstaltungen konnte ich nicht besuchen.

### Nächste Sessionsen:

28. November bis 16. Dezember 2005  
6. bis 24. März 2006

### So erreichen Sie mich im Bundeshaus:

per Fax 031 322 78 04  
per Telefon 031 322 99 11  
(Telefon ist weniger geeignet, da ich nicht immer abkömmlich bin. Sie können eine Nachricht hinterlassen – ich rufe zurück, sobald ich frei bin.